

Anrede,

Neujahrsempfänge sind eine großartige Chance, den Blickwinkel der Gäste neu auszurichten. Als SoVD Schleswig-Holstein können wir das heute sehr selbstbewusst tun! Wir waren 2023 und wir werden 2024 mit 170.000 Mitgliedern einer der mitgliederstärksten Vereine dieses Landes sein. Mit Sicherheit sind wir der größte Verein im echten Norden, der sich für die Menschen einsetzt, die weder genug Geld noch Lobby besitzen, um ihre berechtigten Interessen durchsetzen zu können. Auf der Bundesebene kümmern sich darum unsere Vorstände Michaela Engelmeier und Matthias Neiß, die ich ebenfalls herzlich begrüßen möchte. Wie sie das tun, werden sie uns später selbst erzählen.

Neben dem Lobbyismus bietet der SoVD etwas, das in modernen Zeiten so selten geworden ist: Gemeinschaft. Unabhängig von Aussehen, Herkunft, Alter, Überzeugungen oder sonstiger Orientierung helfen wir mit unseren Angeboten, Einsamkeit zu überwinden – getreu unseres Mottos: „gemeinsam gegen einsam!“ Wem diese Aussagen nicht nüchtern genug klingen, für den habe ich Zahlen: Der SoVD erstritt für seine Mitglieder in 2023 Nachzahlungen in Höhe von 16,6 Millionen Euro. Dazu kommen laufenden Zahlungen, die sich auf 3,7 Millionen Euro pro Monat summieren. Unsere 14 Kreisverbände mit den 15 Sozialberatungszentren im Land reichten 6089 Widersprüche gegen Bescheide ein, in 709 Fällen kam es zur Klage. Oder anders formuliert: Der SoVD verhilft Menschen zu ihrem Recht!

Das mag Ihnen, verehrte Gäste, nicht überraschend vorkommen. Leben wir doch voller Stolz in einem demokratischen Rechtsstaat. Dass dieser allerdings gefährdet ist, hat uns erst in der vergangenen Woche Thomas Haldenwang deutlich gemacht. Der Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz gilt gemeinhin als besonnene Persönlichkeit. Umso mutiger, zugleich auch beklemmender finde ich seine Warnung: Die Demokratie sei stärker bedroht, als es von der Mitte der Gesellschaft wahrgenommen werde. Das belegten die wachsende Gleichgültigkeit gegenüber dem Erstarken von Parteien, die unser demokratisches Gemeinwesen zerstören wollen. Aber auch der Umgang mit Antisemitismus.

Thomas Haldenwang stellt fest, dass die Mitte sehr bequem geworden sei. Statt sich ins Private zu verabschieden, solle die schweigende Mehrheit klar Position gegen Extremismus beziehen. Da ich davon ausgehe, dass die gesellschaftliche Mitte heute Abend hier präsent ist, appelliere ich an uns alle, den Appell des Verfassungsschutz-Präsidenten zu beherzigen und sich nicht zurückzuhalten, wenn es um die Auseinandersetzung mit radikalen, Menschen verachtenden Positionen geht. Ich selbst werde mich dafür einsetzen, in Schleswig-Holstein und im Bundesverband deutliche Positionierungen und weitere Initiativen zu bewirken.

Verehrte Gäste,  
sehr geehrte Damen und Herren,

spiegelbildlich für den Zustand unserer Gesellschaft ist auch die Diskussionskultur. Ganz gleich, ob auf TikTok, Telegram oder bekannte Boulevard-Blätter mit Großbuchstaben – Extremisten schüren Ressentiments und Hass und gefährden damit unsere Demokratie. Die freie Publizistin Carolin Emcke schrieb in der Süddeutschen Zeitung von einer „Kultur der exhibitionistischen Verrohung, die allzu

lang geduldet und hofiert wurde“. Dass die Wut sich an denen entlädt, die ohne Schutz dastehen, wussten nicht nur Horkheimer und Adorno. Ein gutes Beispiel dafür sind Menschen, die vom Bürgergeld leben und die sich einer Kampagne gegenübersehen, in der Ressentiments und Hass geschürt werden.

Darum bin Prof. Marcel Fratzscher, dem Präsidenten des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, dankbar, dass er auch diese Sache so trefflich auf den Punkt bringt. Ich zitiere:

*„Das Bürgergeld als Nachfolge von Hartz 4 ist eine wichtige Reform. Sie geht vielen nicht weit genug [das gilt auch für den SoVD] und viele fordern höhere Regelsätze und Begrenzung der Sanktionen. Anderen jedoch sind die Reformen und Leistungen zu großzügig, sie wünschen sich mehr Fordern und mehr Härte. Problematisch ist, mit welcher Emotionalität und mit wie vielen falschen Behauptungen dieser Diskurs in Politik und Medien geführt wird. Dies erhöht lediglich die soziale Polarisierung in unserer Gesellschaft, stigmatisiert und geht zulasten der verletzlichsten Menschen unserer Gesellschaft.“*

Der Streit um das Bürgergeld beruht auf drei, nennen wir sie einmal so, Missverständnissen. In der Frage, ob das Bürgergeld ausreichend Anreize zum Arbeiten setzt, wird behauptet, Bezieherinnen und Bezieher des Bürgergelds bekämen häufig mehr Geld als arbeitende Menschen. Das ist nachgewiesenermaßen falsch, denn auch Menschen im Niedriglohnbereich haben oft Anspruch auf soziale Leistungen. Es gibt bereits heute mehr als eine Million sogenannte Aufstockerinnen und Aufstocker, die mit ihrer Arbeit so wenig verdienen, dass sie auf Leistungen wie Hartz IV, Wohngeld, Kinderzuschlag oder einen Unterhaltsvorschuss angewiesen sind. Rechnen wir das ehrlicherweise ein, dann haben Menschen mit Arbeit immer mehr Einkommen.

Kritisch hinterfragen lässt sich dagegen, ob der Unterschied der Einkommen von arbeitenden und nicht arbeitenden Menschen zu gering ausfällt. Wer das Abstandsgebot mit Kürzungen umsetzen will, sollte besser nachdenken. Es wäre klüger, Löhne und Arbeitsbedingungen zu verbessern und mehr Möglichkeiten zum Zuverdienen zu schaffen. Solange Bezieherinnen und Bezieher des Bürgergelds 80 Prozent oder mehr jedes zusätzlich verdienten Euros durch gekürzte Leistungen wieder abgeben müssen, lohnt sich zusätzliche Arbeit nicht wirklich.

Die zweite Fehlannahme beruht auf der Überzeugung, stärkeres Fordern und mehr Sanktionen würden die Bezieherinnen und Bezieher von Bürgergeld schneller in Arbeit bringen und damit Kosten senken. Wissenschaftliche Studien belegen auch hier, dass eher das Gegenteil zutrifft. In Finnland wurden 2017 in einem Versuch zwei Jahre lang Sanktionen für Arbeitslose ausgesetzt. Die Folgen: positive Auswirkung auf Gesundheit und Selbstwertgefühl, keinen negativen Einfluss auf eine Arbeitsaufnahme. Für Deutschland belegen Studienergebnisse der Initiative Sanktionsfrei, dass Sanktionen Menschen so sehr unter Druck setzen und damit zu einer geringeren Beschäftigung führen.

Auch ein größerer Druck, jedweden Job anzunehmen, auch wenn er nicht den eigenen Qualifikationen oder Interessen entspricht, ist langfristig eher kontraproduktiv, da Menschen häufig nur kurz in solcher Beschäftigung bleiben und

letztlich länger arbeitslos sind. Zudem nehmen sie häufiger schlecht bezahlte Beschäftigung auf, die sich auch langfristig negativ auf ihr Lebenseinkommen auswirkt. Deutlich besser ist eine stärkere Unterstützung bei der Qualifizierung, so wie dies auch im neuen Bürgergeld vorgesehen ist.

Beim dritten Streitpunkt geht es um Gerechtigkeit. Kritikerinnen und Kritiker des Bürgergelds sehen dieses als eine leistungslose Zahlung und wollen es daher so gering wie möglich halten und die Hürden so hoch wie möglich setzen. Über Gerechtigkeit können wir natürlich diskutieren, aber dass dieser Kritik innewohnende Menschenbild ist deprimierend. Es geht davon aus, dass Menschen faul sind und nur die Androhung ökonomischer Sanktionen reagieren.

Tatsache ist, dass die übergroße Mehrheit der betroffenen Menschen gerne wieder arbeiten möchte. Dabei geht es nicht nur um ein höheres Einkommen, sondern um eine sinnstiftende Tätigkeit, die mit Teilhabe, Respekt und Anerkennung verbunden ist. Die meisten Menschen, die heute in Deutschland länger erwerbslos sind, haben entweder gesundheitliche Probleme oder ihnen fehlt eine ausreichende Qualifizierung. Keine noch so harten Sanktionen oder finanziellen Anreize machen Menschen wieder gesund oder qualifizieren sie. Viele leistungsberechtigte Menschen vermeiden es, wenn möglich, diese Sozialleistung in Anspruch zu nehmen, wie eine DIW-Studie gezeigt hat. Ein wichtiger Grund: das negative Stigma, das dem Bürgergeld in dieser spalterischen Debatte angehängt worden ist.

Wem Sorgen um den Missbrauch staatlicher Leistungen den Schlaf rauben, für den habe ich etwas: In Deutschland entstehen nach Schätzungen der Hans-Böckler-Stiftung jährliche Schäden von Höhe von 60 Millionen Euro durch die missbräuchliche Inanspruchnahme von Bürgergeld. Schätzungen der Bundesagentur zeigen, dass hingegen Steuerhinterziehung 100 Milliarden Euro ausmacht. Wer in Sorge um den Bundeshaushalt ist, findet also erheblich lukrativere Betätigungsfelder. Aber wie hieß es doch bei Horkheimer und Adorno: „Die Wut entlädt sich auf den, der auffällt ohne Schutz.“

Verehrte Gäste,  
sehr geehrte Damen und Herren,

bevor Mona Harry erneut so kunstvoll das Wort ergreift, möchte ich abschließend Ihren Blickwinkel auf eine Gruppe lenken, ohne die der SoVD und viele andere zentrale Organisationen unseres Gemeinwesens undenkbar wären: Menschen, die sich ehrenamtlich engagieren. Ihnen sollten nicht nur heute unser Dank und unsere Aufmerksamkeit gelten. Auch die über 3.000 Engagierten des SoVD bilden gemeinsam mit vielen anderen tausend Freiwilligen den Kitt, der unsere Gesellschaft zusammenhält. Sie tragen die Hoffnung, dass wir uns von antidemokratischen Kräften nicht auseinanderbringen lassen. Bitte behalten Sie das im Blick!